



Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Das „Kommunistische Organ“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstelle: 14, Tel.: 210 45 (Abd.); 210 47 (Vorm.)

Mit dem Jahresschluss Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Wagenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Pf. im Textteil. Anzeigen: Reichshaus des Sozialistischen Volkes, Comenius- und Breiten-Straße Halle. Telefon: 2471. Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Vertriebsstelle: 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, 30. Oktober 1931

11. Jahrgang Nr. 197

Diktatur Brüning-Hitler-Severing?

Brüning fordert „neue harte Opfer“ — Lohnraub gegen Millionen Arbeiter in vollem Gange — Streiks im ganzen Reich

Hitler im Reichswehrministerium

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. Oktober.

Das Reichswehrministerium teilt zu verschiedenen Pressemitteilungen über eine Unterredung zwischen dem Chef des Ministeriums im Reichswehrministerium, General v. Schleicher, und dem nationalsozialistischen Führer Hitler mit, daß General v. Schleicher innerhalb der letzten vier Wochen nicht, wie behauptet wird, eine, sondern zwei Gespräche mit Hitler geführt habe. Von diesen dienstlichen Unterredungen habe General v. Schleicher sowohl den interessierten Reichswehrlisten wie dem preussischen Minister des Innern, Severing, Mitteilung gemacht. Gegenstand der Unterhaltung sei die Frage gewesen, wie sich die Leitung der Nationalsozialistischen Partei seit dem Wehrmachtprozess in Leipzig zur Reichswehr stelle.

Das Reichswehrministerium weist weiter darauf hin, daß es zu den dienstlichen Pflichten des Generals v. Schleicher gehöre, mit Billigung des Reichswehrministers alle Personalfragen zu empfangen, die politische Fragen, die die Reichswehr betreffen, mit einer maßgebenden Stelle des Reichswehrministeriums beipredeten wollten.

Gleichzeitig teilt das Reichswehrministerium mit, daß der Reichswehrminister gegen diejenigen Blätter, die gegen den Generalstab des Reichswehrministeriums, Obersten Gener, auf Grund seines Berichtes über die Zwischenfälle bei dem nationalsozialistischen Treffen in Braunschweig verleserliche Behauptungen verbreitet hätten, Strafantrag gestellt worden sei. Der Reichswehrminister habe den preussischen Minister des Innern, Severing, auch antraglich auf diese Blätter hingewiesen.

Die letztere Tatsache an dieser anstößigen Meldung, besonders für die sozialdemokratischen Arbeiter von erheblicher Bedeutung. Der sozialdemokratische preussische Innenminister Severing war von den beiden Reichswehrlisten im Reichswehrministerium unterrichtet und also damit verständlich. Ja, Herr Severing ist sich dieses Einvernehmens Severings so sicher, daß er ihn noch besonders damit deutet, die Kritiker am Reichswehrbericht über Braunschweig in der Unvorsicht, d. h. vor einer Reihe von sozialdemokratischen Zeitungen in Preußen waren dieser Kritik zu verfallen.

Wenn zur gleichen Zeit die „Germania“ in einem Artikel „Brüning und Hitler“ auseinandersetzt, daß man Augenblicklich nicht mehr brauche, daß das Zentrum aber seinen bringenden Reichswehrlisten, als mit dem Nationalsozialismus laßlich zu sprechen, dann vertritt jeder, man die Stunde gekommen hat. So wie in der guten unter Hindenburgs Vorherrschaften nationalsozialistischen Standeskommissioner in dem sogenannten Wirtschaftsrat der Reichsregierung eine Front von den schwerwichtigsten Geldgebern der Nazis bis den A.D.S.

Repräsentanten Eggert und Grammann zusammen war, die in streng geheim gehaltenen Verhandlungen über die beste Methode des Lohnraubs berieten, so hat es den Anschein, daß die kommende Militärdiktatur, die vielleicht näher ist als wir alle glauben, ein Diktatur Hitler, Schleicher, Groener, Severing sein wird.

Es gibt nur eine Partei, die gegen diese Front der faschistischen Lohnraubdiktatur, die rote Klassenfront der Arbeiter anrichtet; die kommunistische Partei. Unter ihrer Führung formieren sich die Reihen der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter zur antifaschistischen Einheitsfront gegen Not und Reaktion. Unter ihrer Führung und unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird die erste Schlacht an der Lohnfront in den Betrieben geschlagen werden. Unter ihrer Führung muß die antifaschistische Einheitsfront des wertvollsten Volkes gegen die kommende Militärdiktatur errichtet werden.

RGO führt siegreiche Streiks!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. Oktober.

Der Streik der Arbeiter auf der Baustelle Grünwald ist mit vollem Siege der Streikenden beendet worden. Mit dieser Baustelle waren 14 Arbeiter, darunter alle Obleute und Vertrauensmänner entlassen worden. Die Forderung der Streikenden lautete auf Wiedererrichtung der Entlassenen und Anerkennung der Obleute.

In den Verhandlungen wurde nicht nur die zehntägige Erfüllung dieser Forderungen, sondern auch Bezahlung der Streiklöhne erreicht.

Ein neues Beispiel, daß nur unter Führung der RGO erfolgreiche Kämpfe geführt werden können.

Auch der Streik der Berliner Kalkofabrik Gürg endete mit einem vollen Siege der Arbeiter. Die Firma hat einen Kollegen entlassen, weil dieser die Überstunden verweigert hatte. Darauf legten alle Arbeiter sofort geschlossen die Arbeit nieder. Unter dem Druck des entschlossenen Kampfwillens mußte die Direktion nachgeben und den demagogischen Kollegen sofort wieder einstellen.

Die Bantrotteure

Halle, 30. Oktober.

Der Ausgang der englischen Wahlen, die schwere Niederlage der englischen Sozialdemokratie und der damit erneut bewiesene Bankrott der sozialfaschistischen Regierungswirtschaft hat die sozialfaschistische Presse völlig durcheinandergebracht. Nur so ist es zu verstehen, daß das gefürchtete „Bolksblatt“ einen Artikel abdruckt, in dem die Frage „Wer hat gefiegt?“ in einer für die Koalitionspolitik der SPD geradezu katastrophalen Weise beantwortet wird. Nachdem das „Bolksblatt“ die Schuld an der Katastrophe der englischen Sozialdemokratie dem Wahlheimat in England in die Schuhe geschoben hat, nachdem es diese Zustände in England als Zustände bezeichnet hat, die allenfalls eines absolutistisch regierten Balkanstaates würdig seien, muß es doch zugeben, daß die Arbeiterpartei für die Beibehaltung dieses Wahlmodus mit verantwortlich ist. Die Sozialdemokratie mag es also nicht, abzutreten, daß es die sogenannte Arbeiterregierung unter der Führung MacDonalds, ihrer Leuchte der Amerikaner Internationalen, gemessen ist, die den englischen Harzgeruch, den Tories, den Weg zur Macht bereitet hat.

Werden die sozialdemokratischen Arbeiter in Deutschland begreifen, daß die Lage in England, wie sie von der Sozialdemokratie geschaffen wurde, nur das Vorbild für die Entwicklung ist, die in Deutschland in den nächsten Tagen vor sich geht? Schon werden mit den Rotenordnungen, deren geistige Urheber Severing und die dafür mitverantwortliche Sozialdemokratie sind, sozialdemokratische Zeitungen verbieten, weil sie es wagten, über bestialische Norddeutschen faschistischen Banditen die Wahrheit zu schreiben. Schon erhebt der Innenminister Deutschlands, der General Groener, gegen den „Barmarks“ Klinge, weil er die Rolle des Braunschweiger Reichswehrkommandeurs anlässlich der Nazi-Gewalttaten in Braunschweig gefeiert hat. Schon schmachten Hunderte von Reichsbannerarbeitern hinter Gittern, weil sie gemeinsam mit kommunistischen Proleten den faschistischen Terror abgelehrt haben, und noch immer wird die Brüning-Regierung, in der in den nächsten Tagen schon Hitler Teilhaber sein wird, von der Sozialdemokratie toleriert. In England ist es heute der Reformismus, der die Konfessionen in den Sattel gehoben hat, in Deutschland ist es der Reformismus, die neue Arbeitergemeinschaft, die Unterführung der Brüning-Diktatur, die Hitler morgen zur legalen Wähleroberung verhelfen wird.

Das ist die Lehre, die aber von der sozialfaschistischen Presse aus ihren Verlogenheits- und Betrügnungsartikeln nicht gezogen werden kann. Die Hitler-Diktatur wird verhindert werden, wenn sich die Arbeiterklasse einig ist. Aber nur dann! Die Sozialdemokratie ist die Gefangenin ihres jahrzehntelangen Betrugs an der Arbeiterklasse, es ist die höchste Zeit, daß sich die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter von dieser herbenden Partei abenden und den Weg gehen, den Zentralen vor ihnen bereits beschritten haben, den Weg zur revolutionären Front, zur kommunistischen Partei.

Das Schicksal der Sozialdemokratie ist mit dem Schicksal des

Faschistische Ständekammer tagt!

(Eig. Meldg.) Berlin, 30. Oktober.

Der Wirtschaftsbeirat, diese nach faschistischem Muster von der Brüning-Regierung einberufene Ständekammer, ist gestern unter dem Vorsitz Hindenburgs eröffnet worden. Nur die Wirtschaftsrede Hindenburgs wird im Wortlaut veröffentlicht. Die gesamten übrigen Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates sind die streng vertraulich erklärt worden. Der Protokollführer der Sitzungen ist persönlich für die vertrauliche Behandlung verantwortlich gemacht worden. Das wesentlichste der Wirtschaftsrede Hindenburgs ist die Tatsache, daß er erklärte, daß er

... als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wirtschaftlicher Sachverständiger und der Reichsregierung einen Ausgleich wirtschafts- und sozialpolitischer Gegensätze und eine Behebung der deutschen Wirtschaftsnote erhoffe.

Dieser Appell zur Burgfriedenpolitik, an die Adresse der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gerichtet, wird selbstverständlich von dieser letzteren eifrig erfüllt werden. Reichstagsführer sind Hindenburgs Rede ist aber die Rede Brüning's. Heber diese geheimhaltensreiche Rede weiß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu berichten, daß Brüning in ihr den Zwang zum raschen und konsequenten Handeln betont habe und daß er weiter ausdrücklich feststellte, daß

„dem deutschen Volke neue harte Opfer zugemutet werden müßten.“

Die „DZ“ nennt bereits als nächste Maßnahmen die Einführung der Lohnstarke, also die Durchführung eines weiteren, ununterbrochen vor sich gehenden Lohnabbaues. Die „Kriegsler Neuesten Nachrichten“ fordern in ihrem heutigen Beiratsbericht ganz deutlich den weiteren Abbau der deutschen Sozialpolitik. Ferner verlangen sie, daß „ganz

Arbeit“ gemacht werden müsse. Man müsse „aus der Aufgabe des Fortwühlens“ herauskommen.

Das Reichsamt der RGO fordert in einem Aufruf die gesamte Arbeiter- und Angestelltenklasse auf, gegen diese neue Arbeitergemeinschaft der reaktionären Gewerkschaftsführer mit den Scharmachern die Einheitsfront herzustellen zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohn- und Unterstützungsaub. Nicht Arbeitergemeinschaft, sondern Klassenkampf sei die Parole der RGO!

Eisenbahner, Leuna-Kollegen! Metall- und Gemeindearbeiter!

Ihr alle besucht wie die übrige Hallische Arbeiterschaft heute, Freitag, 20 Uhr, die große öffentliche RGO-Versammlung im „Gesellschaftshaus“

Durch rote Einheit zum Sieg!

lautet das Thema der Referenten, der Genossen Wilhelm Koenen, MdR, und Willy Dolgner, Bezirksleiter der RGO

Bringt eure Kollegen mit, ganz gleich, wie sie politisch denken, formiert die Reihen gegen Lohnabbau und weitere Verelendung!

Das Ortskomitee der RGO

Streiklawine im Wachsen!

Landarbeiter Pommerens im Streiklampf Erfolgreiche Kämpfe der Kartoffelbuddler

Stettin, den 22. Oktober.
Die Bewegung der Kartoffelbuddler gegen Lohnraub greift immer weiter um sich. Ständig werden neue Streiks gemeldet, die sich gegen die ungerechtfertigten Löhne richten.
Auf dem Gute Kallin (Wommers) streikten 40 Kartoffelbuddler in den Streik. Nach wenigen Stunden Streik erhöhte der Junker den Lohn auf 6 Pf. und 3 Pfund Kartoffeln pro Riepe.
Auf dem Gute Schornow (Kreis Kolberg) war es zunächst gelungen, Streikzucker für die Arbeit zu bekommen. Als aber auch diese Kolonne in den Streik einbezogen wurde, mußte der Junker nachgeben und es wurde eine Erhöhung des Lohnes von 6 auf 10 Pf. pro Riepe erreicht.
Auf dem Gute Sjewendol (Pommern) traten 80 Kartoffelbuddler in den Streik. Nach dem bisherigen Preis von 8 Pf. pro Riepe auf 20 Pf. pro Riepe zu erhöhen und außerdem noch pro Riepe 1 Pfund Kartoffeln zu liefern.

1000 Jänner Pflichtarbeiter im Streik (Via. Bericht.) Jena, 20. Oktober.

Über 1000 Pflichtarbeiter haben in Jena das Streikbanner entrollt gegen die am 23. Oktober herabgesetzten Unterhaltungs- und Pflichtarbeiterzuschläge, gegen die Forderung einer Mehrarbeit bei den herabgesetzten Pflichtarbeiterzuschlägen. 85 Prozent der Arbeiter haben unter Führung ihrer selbstgewählten Kommandoleitung in den Kampf getreten.
Die Streikleitung ist aus kommunistischen, freigeistlichen, christlichen, parteilosen und NSD-Arbeitern zusammengesetzt. Der NSD-Kreisleiter in Jena war gemeldet, angesichts dieses außerordentlich stimmungsvollen Arbeiter, dem Kampf die Unterstützung auszusagen (!). Gleichzeitig aber verließen die Gewerkschaftsführer dadurch die Führung des Streits in die

Hände zu bekommen, um so reich wie möglich den Kampf keine zu erlösen.
Die Streikfront der Pflichtarbeiter haben aber ihre Streikleitung folgende Forderungen der Streikbewegung zu stellen: 1. Beilegung der am 22. Oktober verhängten Zwangsarbeit; 2. Beilegung der am 22. Oktober vorgenommenen Zwangsarbeit; 3. Beilegung der am 22. Oktober vorgenommenen Zwangsarbeit; 4. Anerkennung der Pflichtarbeiterunterstützung; 5. Beilegung der Materialunterstützung (Kohle, Holz, Kartoffeln u. a.); 6. Schaffung von Rührmaschinen. 40 Streikfront der Pflichtarbeiter in den Produktionsprozess mit 40-Stundenwoche bei Tariflohn und vollem Lohnausgleich.

Hamburger Bauarbeiterkampf dehnt sich aus Hamburg, den 20. Oktober.

Die Streikfront der Bauarbeiter bei der Firma G. H. Schilling in Hamburg hat sich in einer Stärke von 45 Mann dem Streik angeschlossen. Damit werden die Bauten der Firma Ehlers in Hamburg ebenfalls betroffen. Der Bauarbeiterverband vertritt bereits Streikfront zu vermitteln. Als Antwort trafen 25 Arbeiter, die vorher im NSD angegeschlossen waren, zum Einheitsverband für das Baugewerbe über. Von den über 150 Streikenden sind jetzt insgesamt 121 im Einheitsverband für das Baugewerbe und 10 im NSD organisiert.

Chauffeurarbeiterstreik im Kreise Zellon Bertha, den 20. Oktober.

Die Belegschaft der Firma G. Strauß, die bei Chemnitz in den Umgebungen der Straußhof, Kreis Zellon (Märk. Grenzgebiet) tätig ist, hat in den Streik getreten. Die Firma weigerte, Tariflohn zu zahlen. Der reformistische Verband hat selbstständig den Streik als „milde“ Streik erklärt und ist dabei, Streikbrecher zu vermitteln. Der Reichsverband unter Führung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe

Kapitalismus unerschrocken verknüpft. Politisches Herrschaftswort sind gegen nur, wie schwach die Bourgeoisie ist. Erst ist die Sozialdemokratie, nicht die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiter. So wird es den konfessionellen englischen Lords zu ihren Gunsten um ihren Sieg. Diese Stimmung charakterisieren die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ getrennt folgendermaßen:
„Der Verzicht auf den Sozialismus ist den Konfessionellen gelohnt, aber wird der Sieg auch für die Dauer liegen? Ist nicht die Verdrängung aus jeder Position der Verantwortung der besten Methode, um Arbeiter zu revolutionären Herangeführten?“

Das ist dieselbe Frage, die auch für die deutsche Bourgeoisie die Sozialfrage sein wird. Ist die Sozialdemokratie zerronnen, dann wird sich die revolutionäre Einheitsfront zur entscheidenden Gefahr für den Kapitalismus ausbilden, denn keine Sozialdemokratie wird mehr mit ihrem Arbeiterbetriebe die Massen vom Kampfe ablenken können.

18 Prozent Lohnraub in der Papierindustrie (Via. Meldung.) Kimmendorf, 20. Oktober.

Drei Schichtvermittlungen haben gefordert in der Kimmendorfer Papierfabrik hat. Der reformistische Betriebsrat mußte auf Drängen der Belegschaft die Bestimmungen durchsetzen. Er erklärte, daß die Gewerkschaften müßten, was sie demselben zu tun hätten. Die Arbeitgeber hätten einen 12prozentigen Lohnraub für den Monat November und einen noch mal so hohen Lohnraub von 6 Prozent für den Monat Dezember gebietet. Von den Gewerkschaften sei dies abgelehnt worden. Der Schlichter habe dann einen 7prozentigen Lohnraub verordnet, den aber die Unternehmer ablehnten, weil er ihnen nicht genüge.
Die RSD ruft zu einer Verklammerung der Belegschaft für Sonntag, den 1. November, auf. Das Lokal wird im Betrieb bekanntgemacht.
Papierarbeiter, seid geschlossen und einig. Nur so könnt ihr neue Verordnungen verhindern!

Lohnraub wegen Hundsturg! (Via. Meldung.) Merseburg, 20. Oktober.

In der Dittelschlagener Papierfabrik (Königsbrunn) wurde am gestrigen Tage im Betriebe durch Ausschlag bekanntgemacht, daß am 1. November der Lohn generellerweise werden müßten. Infolge des englischen Hundsturges sei die Verklammerung nicht mehr in der Lage, die Arbeiter Löhne weiterzugeben. Es handelt sich um einen Lohnraub von 7 bis 10 Prozent. Ganz kategorisch fordert der Ausschlag, was nicht gewillt ist, zu den neuen Bedingungen zu arbeiten, bekommt seine Papiere ungenügend.
Über den überaus frischen Wutschlag der Belegschaft berichtet die große Zeitung in der Belegschaft. Sie äußert sich auch gegen reformistische Betriebsräte, gegen die Nazis und Sozialdemokraten, weil diese eine pessimistische Stimmung machen, obwohl im Arbeiterrat eine einstimmige Entscheidung gegen die Lohnraub gefaßt wurde. Der Betriebsrat ruft zu einer Verklammerung der gesamten Belegschaft zu morgen Sonnabend, 14 Uhr, nach Arbeitslohn auf, wo neue Beschlüsse gefaßt werden.

Dreizehne Heklingen entlarvt Gelsenkirchen, 22. Oktober. (Via. Draht.)

Bekanntlich wurde am Sonntag in Gelsenkirchen ein Volksleiter ermordet. Die Heklingen sind die Heklingen, die die hiesige Presse über die RSD aus. Die Gelsenkirchener Parteileitung der RSD stellte nun zu den Behauptungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse folgendes fest:
1. Von den im Zusammenhang mit dem Gelsenkirchener Verhafteten ist kein einziger Funktionär der Partei.
2. Der von der Polizei als Haupttäter bezeichnete Franz Klotz ist bereits am 10. Oktober aus der Partei ausgeschlossen worden.
3. Der von der Polizei verhaftete Franz Bergmann ist bereits seit einem Jahr nicht mehr Mitglied der RSD.
4. Der Genosse Kretzmer war in keine Weise an den Auseinandersetzungen mit der Polizei beteiligt. Er konnte nur der Polizei einmündig sein nicht nachweisen.
Die Parteileitung der RSD Gelsenkirchen hat festgestellt, daß sämtliche in Betracht kommenden Täter betrunken waren und daher die Tat nicht eine politische ist. Es wurde weiterhin festgestellt, daß sich die tragischen Täter in einer Wirtschaft als betrunken haben und nicht, wie die Polizei angibt, vom Volksausbruch auf die Polizei organisierten. Die Gelsenkirchener Parteileitung der RSD betont auf das entscheidende, daß die Kommunisten mit dem individuellen Terror nicht irgend etwas gemacht haben.

Streikrückungen der Magdeburger Metallarbeiter Am 27. Oktober tagten die Betriebsvermittlungen der größten Metallbetriebe Magdeburgs, die von der RSD einberufen wurden. Aus der Diskussion kam das ungeheure Elend der Magdeburger Metallarbeiter zum Ausdruck, die mit 15 und 20 Mark die Woche nach Hause gehen müssen. In allen Verklammerungen zeigte sich der entschlossene Wille, jeden Streik, die Forderungen nicht weiter abzubauen, mit dem Streik zu beenden. Es wurde die Bildung von Kampfausschüssen beschlossen.

Auflauf zu den Hessenwahlen (Via. Meld.) Offenbach a. M., 27. Oktober.

Als Auflauf zu den Wahlen in Hessen hatte die RSD zu einer Kundgebung in Offenbach a. M. aufgerufen, die sich zu einer gemäßigten Aufruf der roten Einheitsfront gehalten. Über 12.000 Arbeiter versammelten sich auf dem Wilhelmplatz in Offenbach. Unter stürmischem Beifall kompromittierte der Spitzenführer der Kommunisten Witz, Genosse Keil, die Kampfordernungen der RSD. Seine Rede wurde von Forderungen und Transparenten geschmückt. Schließlich waren die Forderungen der Streifen. Die Kundgebung ist ein wichtiger Auftakt für den Wahlkampf der RSD in Hessen.

Brotpreiserhöhung in Breslau Die Bäder und Brotbäcker in Breslau haben ab Montag, den 26. Oktober, den Brotpreis um einen Pfennig pro Pfund erhöht. Angeblich soll der Anstieher geistlichen Gegenpreises den Anlaß zu diesem Brotwucher gegeben haben.

Lügenheke gegen Kommunisten Denunziation und Provokation bei der Verhaftung der kommunistischen Funktionäre in Bitterfeld

(Via. Meldung.) Bitterfeld, 20. Oktober.
In Bitterfeld bringt die gesamte bürgerliche Presse, selbstverständlich an der Spitze der sozialfaschistische Journalisten im Rahmen der allgemeinen postfeindlichen Kampagne „Einheiten“ über die Verhaftung der roten Betriebsräte den größten Lügenhaufen. Die gesamte bürgerliche Presse hat sich angeschlossen, um den geringsten Beweis für die Behauptungen erbringen. Trotz langjähriger Denunziationen ist bis heute bei den be-

hafteten Genossen noch nicht das geringste Beweismaterial gefunden worden.
Jetzt versucht die Polizei das Ergebnis der Hausdurchsuchung dem Arbeiter Kauer in Verbindung mit der „Kommunistischen Aktion“ zu bringen. Bei Kauer sollen Waffen und Munition, sowie andere Materialien, die ihm nicht gehören, gefunden worden sein.
Kauer ist, wie wir heute feststellen, entgegen anders lautenden Meldungen, niemals Mitglied der kommunistischen Partei gewesen.
Der Zweck der Verhaftungen der roten Betriebsräte ist für die Arbeiterkassen völlig klar. Die NSD-Arbeiter-Gewaltigen wollen die roten Betriebsräte den NSD-Partei übergeben. Heute ist schon fest, daß dieser Schlag gegen die Arbeiter der NSD-Arbeiter

Polizeiwaffen in Händen von Nazis Die „Volksliche Zeitung“ vom 27. Oktober schreibt in einem Bericht über das Vorkommen einer bewaffneten nationalsozialistischen Kolonne am 27. Oktober in Berlin am Hochbahnhof Danziger Straße folgendes:

Die Polizei, welche die Streikenden trennte, konnte noch feststellen, daß zu den Nationalsozialisten auch zwei NSD-Mitglieder gehörten, die, als die Beamten erwiderten, den Rückzug ergreifen. Einer der Nationalsozialisten gab auf die Nachforschung, in der die Beamten jagten, Schüsse ab, und es ist nur einem Zufall zu verdanken, daß die Beamten nicht getroffen wurden. Die beiden Schützen Borg und Krüger konnten nach längerer Jagd schließlich gefaßt und verhaftet werden. Die Waffe, eine Dreizehner-Pistole, wurde bei den Gefangenen gefunden, nicht ausfindig als polizeiliches Eigentum, sondern in der Hand der Gefangenen.
Diese Feststellungen zeigen heute, daß die Nazis bewaffnet sind und sogar in den Besitz von Polizeiwaffen gelangen können. Selbstverständlich ist, daß in Berlin eine große Polizeigebäude im Parteigebäude der Nazis folgten. Die Arbeiter müssen aber, daß die Nazis bewaffnet sind.

den nächsten Wochen werden wir eine Fülle solcher Nachrichten erleben, die alle darauf hinweisen, in revolutionäre Führung der Arbeiter zu befehlen. Aber auch in wird bei Gerichten nichts ändern. Nur so ist festzuhalten, daß sich die Chemiarbeiter am die NSD und die roten Streikführer lehnen!

Schluß mit der „Meuterer“-Aburteilung Protestiert gegen die Terrorurteile auf Grund der mittelalterlichen Seemannsordnung

In Hohenau bei Kiel werden gegenmütig die Matrosen und Besatzung der baltischen Schiffe, die sich gegen den Lohnraub, den die Reederei diktiert, mit der Waffe des Streifs zur Wehr setzen, gegen „Meuterer“ von den Seegerichtshöfen aburteilt. Das Gerichtsurteil gegen die Schiffbesatzungen läßt sich auf die „Seemannsordnung“ des kaiserlichen Deutschlands, die die Matrosen und Besatzung der Schiffe zu Sklaven des Reederei-Kapitals macht. Sie sind wehrlos der kapitalistischen Ausbeutung ausgeliefert. Jeder Protest gegen solches Elend, solches Wohnverhältnis, Meuterer wird verurteilt gegen die „Seemannsordnung“ und ist „Meuterer“!

Einem bei einer Genossin wohnenden bulgarischen Studenten wurde gleichzeitig mit der Hausungung der NSD ein Verweigerungsbefehl überbracht. Der Ausgenosse ist ein einmal Mitglied der Partei. Lediglich die Teilnahme an den Verhandlungen der proletarischen Organisationen befehligt, genügt der Polizei zu ihrem Zweck. Auch hier verließen die Hausungenen wichtige Ergebnisse.

Streik wird in Deutschland mit Gefängnis bestraft Gefängnisstrafen für Streik, das ist der Wille und das Ziel aller Ausbeuter in Deutschland. Das „Volksblatt“ und die gesamte sozialfaschistische Presse haben es ganz in der Ordnung, daß streikende Matrosen durch Schlichter abgeurteilt werden. Sie hindert es in der Ordnung, wenn Arbeiter wegen Streikverbrechen zu Gefängnis verurteilt werden. Sie wird es in der Ordnung finden, wenn morgen durch Verhängnis Sondergerichte streikende Arbeiter ins Gefängnis und Zuchthaus geschickt werden.

Auf dem Wege zur roten Einheit (Via. Meldung.) Chemnitz, 27. Oktober.

Die getrige Einheitsfrontunggebung des Chemnitzer kommunistischen Jugendverbandes im April schloß sich zu einem modernen Beifall für den Kommunismus. Der große Sieg war wieder überfällig.
Mit stürmischem Beifall wurde das nahezu dreifache Mitglied aufgenommen. Die sich anschließende rege Diskussion bestätigend den Willen der wertvollen Jugend zur Herstellung der roten Einheit zum Ausdruck. Es sprachen mehrere NSD-Genossen, ein SAJ-Genosse, ein Hitler-Jugendkamerad und parteilose Arbeiter.
Gemaltige Begeisterung löste die Befragungen aus, daß vier SAJ-Genossen, zwei Jugendkameraden, ein SAJ-Arbeiter und ein Nazi-Jugendarbeiter, die bisher parteilose junge Arbeiter in dieser Verklammerung den Weg zur roten Einheitsfront gefunden haben.

Streik wird in Deutschland mit Gefängnis bestraft Gefängnisstrafen für Streik, das ist der Wille und das Ziel aller Ausbeuter in Deutschland. Das „Volksblatt“ und die gesamte sozialfaschistische Presse haben es ganz in der Ordnung, daß streikende Matrosen durch Schlichter abgeurteilt werden. Sie hindert es in der Ordnung, wenn Arbeiter wegen Streikverbrechen zu Gefängnis verurteilt werden. Sie wird es in der Ordnung finden, wenn morgen durch Verhängnis Sondergerichte streikende Arbeiter ins Gefängnis und Zuchthaus geschickt werden.

Der Kampf der Seemanns gegen den Lohnraub und gegen die schändliche „Seemannsordnung“ ist der Kampf aller Arbeiter. Heberoll müssen die Arbeiter den schärfsten Protest dagegen erheben.

Hausdurchsuchungen in Jena In Jena hat die Kriminalpolizei am 24. Oktober bei zahlreichen Mitgliedern der RSD und bei deren Hausdurchsuchungen vorgenommen. Als Ursache wurde „Verbreitung eines

Japanische Drohung gegen die Sowjetunion

Warnung japanischer Truppen gegen die Sowjetgrenze — Das raubgierige japanische Imperium greift nach der Nordmandschurei

Professiert gegen japanische Kriegsprovokation!

Moskau wird gemeldet: Der Minister des Äußeren hat den japanischen Botschafter in Moskau angewiesen, der sowjetrussischen Regierung die Behauptung zu machen, dass die japanischen Truppen an der mandschurischen Grenze darangehen und sie zu erziehen, sich der Tätigkeit zu enthalten, die zu Verstärkungen in militärischer Hinsicht führen könnte.

Truppentransporte nach Norden

Die japanischen Imperialisten planen die Entsendung von Truppen bis Tschingtschuan, Tschihob und Chardin entlang der Eisenbahn-Peking-Schanghai, der sibirischen Eisenbahn und der Tschingtschuan-Tsaoan-Tschihob-Bahnlinie. Der Kriegsminister Minami erklärte auf einer außerordentlichen Sitzung der japanischen Regierung, daß die japanische Regierung die Verhängung neuer Punkte außerhalb der bisherigen Grenzen erwirde.

Boikott auf die Ostchinesische Eisenbahn

Die japanischen Imperialisten haben die bisher besetzten Eisenbahnen in der Mandschurei unter der Flagge einer „Chinesischen Eisenbahn-Kommission“ zu einer einheitlichen Gesellschaft vereinigt. Unter dem Vorwand des Vorhandenseins von „Banken“ in der Nordmandschurei wollen die Japaner die sibirischen Eisenbahnen ebenfalls besetzen. Der Boikott gegen die sibirische Eisenbahn richtet direkt gegen die Sowjetunion.

Die raubgierigen japanischen Imperialisten haben sich mit dem Schritt in Moskau eine freche Provokation der Sowjetunion geliefert. Wenn die japanischen Truppen zum Beispiel der sibirischen Bahnlinie und anderen vorübergehenden, nicht Japan „kontrollierten“ Bewegungen der Truppentruppen auf dem Sowjetgebiet, so ist noch immer ein Verstoß imperialistischer Regierungen gewesen, mit denen die diplomatischen Missionen ihre agitative Politik betreiben wollen.

Spanische Bauern bemächtigen sich des Bodens

Madrid, 29. Oktober. Die armen Bauern und Landarbeiter von Alin und Lucija (Cataluña) bemächtigen sich der Ländereien der Großbauern und begannen die Vorkarbeiten zur Ernte. Auf den Protest der Großgrundbesitzer hin erklärte der Gouverneur von Cataluña, daß die Regierung diese Terrorakte nicht dulden werde und in Zukunft die ausländischen Bauern nicht ins Gefängnis werfen werde. Den Gutsherrn rief er zu, sich an die Zivilgarde zu wenden, bis die Regierungswachen diese Angelegenheit gelöst hätten. Die Gutsherrn antworteten, daß auf die Zivilgarde kein Verlaß sei. Der Gouverneur versprach darauf ein energisches Eingreifen.

Kriegsflotte ist im Fernen Osten entsetzt. Japanische Truppen ziehen, marschieren, besetzen Bahnhöfen.

Die Sowjetmacht hat bewiesen, daß sie mit allen Mitteln für den Frieden auftritt. Das freche Vorgehen der japanischen Imperialisten erfordert, daß sich die Millionen Arbeiter und Werktätigen wie ein eiserner Wall um die Sowjetunion zusammenschließen, sie in ihrer Friedenspolitik unterstützen und gegen die japanischen Provokateure ihre Stimme erheben.

Selbstverständlich wird sich die Sowjetregierung von den japanischen Generalen nicht durchsetzen lassen, welche Bewegungen die Sowjettruppen auf dem eigenen Gebiete der Sowjetunion durchzuführen haben. Anstatt die japanischen räuberischen Normales gegen die Ostchinesische Bahn. Die Rote Armee hat bei Tschang-Angriff auf die Ostchinesische Bahn gezeigt, daß sie auf jeden Angriff mit der Schärfe des revolutionären Schwertes zu antworten weiß.

In keinem Arbeiterhaus ein Erwerbsloser

Lohn- und Kulturaufbau in der Sowjetunion — Alle Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände um 25 Prozent abgebaut — Neue Schulen, Klubs und Krippen (Drahtbericht unseres in die Sowjetunion entsandten W.B.-Redaktionsmitgliedes)

Moskau, 28. Oktober. Die Arbeitsschreie und Begeisterung, die sich der Sowjetarbeiterchaft bemächtigt hat, ist in Worten kaum zu beschreiben. Trotz imperialistischer Einschüchterung kann die Sowjetunion sich, wenn sie am 7. November den 14. Jahrestag ihres Bestehens feiert, rühmen, in keinem Arbeiterhaus auch nur einen Erwerbslosen zu haben.

Oben hat der Rat der Volkskommissare befohlen, daß sämtliche Preise für Lebensmittel und alltägliche Gebrauchsgüter ab sofort um 25 bis 30 Prozent abgebaut werden. Die Arbeiterlöhne abermals um durchschnittlich 20 Prozent erhöht. Wofür? Wofür? Würden dem ganzen Volk ihren Stempel aufgedrückt.

Die letzten Tage bis zum 7. November benutzten die Arbeiter, um in sogenannten Sturmtagen das ihnen gelebte Produktions-Soll zu überschreiten. Durch Erhöhung der Arbeit stiegen die Arbeiterlöhne ab und erreichten eine Vervielfachung der Pläne. Der Betrieb zu Betrieb finden sozialistische Wettbewerbe statt. Der rote Treugewinn-Betrieb, der am 26. Oktober 1788 Paar Goldlöcher fertigstellen sollte, hat 1788 Paare fertiggestellt. Achtzigste Ziffern kamen aus zahlreichen anderen Betrieben gemeldet werden.

In Moskau werden am 7. November 100 neue Speisehallen und Kaffeehäuser in den Bezirken für die Arbeiter eröffnet. In den Industriebezirken werden auch neue Speisehallen eingerichtet. Der Uzbeg-Bezirk eröffnet eine neue Fabrikhalle, die täglich 12000 Mittagessen liefert.

Der wirtschaftliche Aufschwung zieht neue Kultureroberungen nach sich. Der Nishnigolgorod-Bezirk eröffnet anlässlich des Geburtsjahres der Sowjetmacht 34 neue Schulen. Schon jetzt hat er in 31 Kanons das Anstaltsnetz zum vollständigsten ausgebaut. Das Autowerk richtet eine Holzfabrik mit 140 Betten und eine Kinderkrippe ein. Vom Betrieb „Kranke“ in Moskau ist jeden ein Entbindungshaus mit 30 Betten fertiggestellt worden.

Bezeichnend für den Geist, der die jüngste Generation der Sowjets bezieht, ist ein Beschluß der Pioniers des Moskauer Derschnitz-Bezirks, der organisierten Kinder bis 14 Jahre,

die Ostchina-Bahn gezeigt, daß sie auf jeden Angriff mit der Schärfe des revolutionären Schwertes zu antworten weiß.

Mit der Roten Armee der Arbeiter und Bauern, mit der Roten Armee des Sozialismus, mit der Roten Armee des Friedens sind die Millionen kommunistischen, parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter brüderlich im Kampfe gegen das Kriegsverbrechen der japanischen Militaristen verbunden.

In jeder Verammlung, in jeder Fabrik, an jeder Stempelstelle erhebt den Kampf um Verteidigung der Sowjetunion, um Kampfsolidarität mit dem Lande des sozialistischen Aufbaus.

Wieder mit den japanischen imperialistischen Kriegsverbrechern!

Hände weg von der Sowjetunion!

Hände weg vom China der Arbeiter und werktätigen Bauern: Es lebe der internationale revolutionäre Kampf gegen die Kriegsverbrecher!

Prozeßführung

Er hat diese Aufgabe dem Oberingenieur... Er hat diese Aufgabe dem Oberingenieur... Er hat diese Aufgabe dem Oberingenieur...

Hande

Hande... Hande... Hande...

Die letzten Tage von...

Die letzten Tage von... Die letzten Tage von... Die letzten Tage von...

Proletarier

Proletarier... Proletarier... Proletarier...

Die letzten Tage von...

Copyright by „Die rote Fahne“.

Fortsetzung

Dann wurde das Kaiseramt immer freier. Er kam auf die Seite der Unternehmern im gegenwärtigen Metallarbeiterkampf zu sprechen. Auf Streikstrategie und Streiktaktik im gegenwärtigen Zeitpunkt. Wie und wann soll man losziehen? Wie werden man Streikvorbereitungen? Was ist ein Kampfausbruch? Und was soll ein Kampfausbruch tun?

Alle lauschten gespannt. Jetzt kam er mittig zur Sache. „Ihr habt jeder von ihnen etwas zu lernen. Jetzt müßt ihr gehen, ihnen aufpassen, damit der Streik später zu einem vollen Erfolg werde.“

Der Redner wurde immer eifriger. Und alle hörten zu. In dem alten Knorr, der zugleich in Erinnerungen an vor zwanzig Jahren schmeigte, bis zu Kappel, dem Reformisten.

Er schloß die Rede mit der Aufforderung zur Bildung eines Kampfausschusses. Fritz übernahm jetzt die Veranmlung und übertrug zum Beitritt in den Kampfausschuss auf. Wer wollte mitmachen?

Stimmen. Ja, das war was anderes. Wenn die anderen wollten, dann konnten man auch streifen. Aber als einzelner in den Kampfausschuss? Das war nicht an der Zeit.

Er erklärte zuerst, daß natürlich er selber mitmachen würde. Dann sagte Alex, daß er natürlich auch mitmachen würde. Der Redner wollte gerade einsteigen, als sich der alte Knorr meldete. Er sagte, er habe zwar Familie und er würde ganz ohne seine Arbeit mehr bekommen, wenn er streikt. Aber es sei jetzt an der Zeit, loszugehen und nicht mehr wie bisher alles abzuwarten, einen Lohnbau nach dem anderen.

Die anderen waren hoch erregt über die Redlung von Knorr. Das schloß ein. Nach ihm meldete sich ein junger SPD-Mitglied, dann noch einer und zwei Parteilohe.

Als die Wahl fertig war, sprach Alex noch ein paar Schlüsselsätze und dann nahm die Veranmlung eine Resolution an, in der beschlossen wurde, gegen jeden Pfennig Lohnraub zu streifen und dem Kampfausschuss auszurufen, mittlerweile alle Streikvorbereitungen zu treffen.

Der Kampfausschuss zog sich lediglich zu einer Beratung zurück. Als sie sich zwei Stunden später trennten, drückte Fritz die Hand des alten Knorr, denn dieser hatte die Situation getreuer, als er dem Kampfausschuss beitrug.

Der Aufstand in Burma

London, 29. Oktober. Während in der letzten Zeit nur wenige Meldungen über den Aufstand in Burma durchdringen durften, bemerkt die heutige Presse klar, daß die Aufständischen trotz britischer Truppen und Geschützen noch weiterkämpfen.

Es wird berichtet, daß die „Tigerarmee“ der Burmesischen Bauern in einem Kloster nicht nur eine Menge in einem Hinterhalt getötet, und daß 15 Aufständische getötet, 15 verundet und 18 gefangen genommen wurden. Der Führer der Armee war unter den Gefallenen. Die Dorfbewohner helfen den Aufständischen auf jede Weise. In dem Kloster wurden 827 Kopien gefunden, die von den örtlichen Dorfbewohnern zur Unterstützung der Aufständischenbenutzungen gelangt worden waren.

Die amtliche Mitteilung gibt auch bekannt, daß das Lager San Hsua, eines der revolutionären Führer, letzte Woche überfallen wurde, und daß 50 Aufständische getötet und 2 gefangen genommen wurden. Es wird auch über eine Anzahl von Lieberfällen der Aufständischen auf Regierungspostionen berichtet, was jedoch darüber Einzelheiten nicht gemeldet.

Ueber die Höhe der Metallarbeiter von kann ein langer Artikel drin. Das wollte sie sich lieber von Fritz erzählen lassen. Lesen — da konnte man immer die kleineren verstehen als beim Erzählen. Wieder blätterte sie um. Da lag sie unter dem Strich der Roman. Na ja, endlich was zum Lesen für sie. „Die letzten Tage von...“ Von A. Dlectiv. Komischer Name! 11. Fortsetzung. Sie las: „Als sie zwei Stunden gearbeitet hatten, kam einer vom Betriebsrat vorbei: Bei Boris wird gestreikt!“

Manu, dachte Käte. Das ist doch erst gestern. Das ist ja, als wenn der Romanfänger das schon gewußt hätte.

Sie las weiter. Die Hauptrolle spielte ein Metallarbeiter mit Namen Fritz. Der verkaufte Betriebszeugungen. Genau das, was Fritz gestern gemacht hatte. Und dann die Käte aus dem Warenhaus. Das war doch sie selber!

Erstmalige Sache! Das kam Fritz heraus, mitten zwischen Alex und dem Sekretär des Roten Metallarbeiterverbandes. „Kommt, Käte, ich habe Hunger.“

Aber Käte wollte erst fertig lesen. „Kommt“, sagte Fritz. „Auf einmal bist du so schwarz auf Beinen? Und noch dazu die „Fahne“! Natürlich der Roman.“ Ein bißchen verächtlich klang das.

„Ja, hast du den heute schon gelesen?“ fragte Käte. „Nein, so jung lese ich nicht. Dazu habe ich keine Zeit.“ „Schade, ich wollte dich gerade was fragen.“

„Und das wäre?“

„Hier steht immer was von Fritz und Käte und Alex und dem Metallarbeiterzeitung und Betriebszeugungen und Betriebsveranmlung. Das ist so, als wenn der Mann, der das geschrieben hat, alles schon gewußt hätte, was da passieren wird, aber auf den Tag genau.“

„Das müßte aber ein merkwürdiger Zufall sein!“, meinte Fritz. „Zug mal her!“ Er las die ersten paar Zeilen. Dann rief er ganz erstaunt: „Herrschaffen, das ist doch gestern erst passiert! Na, los zurück!“

„Der Genosse Sekretär mußte schon Bescheid: „Das ist gar kein Zufall. Das ist Wahn.“ Die Zeitung soll doch nicht bloß so Bergangsbrotromane und solches Jauchensches Zeug bringen. Entweder Schilderungen von vergangenen Ereignissen, aus denen man was lernen kann, oder warum soll man's nicht mal daß da einer jeden Tag ausgerechnet eine Fortsetzung schreibt.“

(Fortsetzung folgt.)

Reichskomitee der RGO gegen Wirtschaftsbeitrag

Einheitsfront gegen Arbeitsgemeinschaft Arbeiter, Angeestellte, Gewerkschaftskollegen!

Die Lohn- und Unterliehungsabbaupolitik hat sich nach der letzten Reichstagswahl mit noch größerer Wucht entfaltelt. Die Unterliehungsabbaupolitik bewirkt durch die Sozialdemokratie und die reaktionären Gewerkschaftsführer die volle Sanktion. Nun bitten die Unternehmer alle Bemühungen für die Fortsetzung ihrer, die Massen verleidenden Politik für befristet.

Je mehr der Lohn abgebaut wurde, je mehr Arbeitslose ins Land getrieben werden, um so häufiger und härter wiederholen sich die Unterliehungsabbaupolitik. Einigung lagte im Reichstag:

Die Senkung des Lebensstandards der breiten Klasse mußte in Clappern erfolgen.

Die Einheitsfront der Arbeiter nicht entstehen zu lassen und ein größerer Streiks zu verbieten. Die Verhinderung der parlamentarischen Einheitsfront und damit die Verhinderung von größeren Streiks zur Verteilung der geringen Arbeitelöhne hält die Regierung für ihre Hauptaufgabe. Dafür wird sie von der Sozialdemokratie und den reaktionären Gewerkschaftsführern unterstützt.

Statt der Einheitsfront der Arbeiter wird die Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer mit den Gewerkschaftsführern erneut aufgestellt. Das ist ein weiterer Schritt zum Faschismus.

Die Tagung der Hindenburg-Arbeitsgemeinschaft und der Nationalen Opposition in Hamburg dienen derselben Sache, der völligen Verleugung der Arbeiterklasse. Die Arbeitsgemeinschaften sind die reaktionären Gewerkschaftsführer ermöglicht den Nazis eine neue Politik der Einheitsfront gegen die Arbeitsgemeinschaft und geführt werden in enger Verbindung mit dem Kampf gegen den Faschismus.

Nicht Arbeitsgemeinschaft, sondern Klassenkampf verlangen die Arbeiter und Mitglieder der Gewerkschaften. Nebenamtlich, wenn die Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern gebildet wurde, wurden die Arbeiter das Opfer. Das war so im Kriege, das war so nach dem November 1918, das war so in der Zeit der Inflation, während der Nationalisierung, und das soll jetzt wieder so werden. Und es kann auch nicht anders sein.

Die neue Arbeitsgemeinschaft ist da. Unter der Führung von Hindenburg ist ein Wirtschaftsbeitrag ein Gesetz beschlossen. In ihm haben 19 Unternehmerrvertreter neben 6 Gewerkschaftsführern, darunter Graßmann und Eggert vom RGO. Dieser Wirtschaftsbeitrag hat keine andere Aufgabe, als die besten Methoden zum Lohnabbau und Unterliehungsabbaupolitik der Regierung vorzuschlagen, die dann von dieser durchzusetzen durchgeführt werden. Die Schürmaacher wollen nicht nur Zulieferung der Weingewinnpolitik im Reichstag, sie brauchen die Herrlichkeit und Demagogie der reaktionären Gewerkschaftsführer, um mit deren Rat und deren Tat ihre Offensiven besser durchführen zu können.

Die Zulieferung der Unternehmer und des Lohnabbaus wird von der Front der Gewerkschaftsführer durch die Arbeitsgemeinschaft durchgeföhrt.

Wenn der Arbeiter seinen Lohn verteidigen will, erklärt man keinen Streik für unangelegen und die reaktionären Führer der Gewerkschaften organisieren den Streikbruch.

So war es bei den Gemeinbedarbeitern, so bei den Bergarbeitern, so bei den Seeleuten. Die Seeleute, denen man während ihrer Abwesenheit von den Heimathafen den Lohn um 35 Prozent senkte, wurden, weil sie dagegen streikten, als Meuterer erklärt. Das Sondergericht von Völspern arbeitet unter dem Beistand der reaktionären Gewerkschaftsführer in drei Schichten, um die „Meuterer“ in die Kerker zu werfen.

So werden in der „demokratischen Republik“ mit Unterstützung der Führer der Sozialdemokratie und der reaktionären Gewerkschaften

die Arbeiter zu rechtlosen Sklaven gemacht

und in immer tieferes Elend gestochen. Freiwillig bieten sich die Gewerkschaftsführer zum Lohnabbau an, wenn sie das in Mansfeld getan haben. Ist es ein Wunder, wenn die Bourgeoisie glaubt, jetzt die Bahn frei zu haben für die Aufrechterhaltung ihres durch Minderlichkeit und Krise bis in das Wart getrossenen Wirtschaftsregimes?

Arbeiter, Angeestellte, Gewerkschaftskollegen!

Wollt ihr wirklich weiter die wehrlosen Opfer einer solchen, die Arbeiterklasse in Not und Tod treibenden Politik bleiben? Wollt euch von niemandem erklären, es gäbe keine Möglichkeit, jetzt dieser Not zu entrinnen. In euren Händen liegt euer Schicksal! Ohne die Arbeit eurer Hände und eurer Köpfe kann keine Gesellschaft existieren.

Nicht die Hand die Stärklich, die den Gehlsack und die Unterliehungen der Sozialverräter beigen. Viel härter ist die Arbeiterklasse.

Weißenseiler Gemeinbedarbeitern mobilisieren

N.A. Die Weißenseiler Gemeinbedarbeitern nahmen in einer Delegationsversammlung, die von 35 Kollegen besucht war, Stellung zum bevorstehenden neuen Lohnabbau. Alle Kollegen brachten zum Ausdruck, daß ein Lohnabbau nicht zu ertragen sei und daß er auch nicht kamplos angenommen wurde. Einmütig wurde eine Entschiedenheit angenommen, die zum Ausdruck bringt, daß alle Kräfte zur Mobilisierung der Gemeinbedarbeitern angefaßt werden müßten. Ein Kampfausschuß bestehend aus sieben Kollegen, wurde gewählt, des weiteren zwei Delegierte zur Gemeinbedarbeiternkonferenz nach Halle.

„Bruch & Co.“, Stahlwert Frankleben

N.A. Die Kollegen des Stahlwertes Frankleben warten nachdenklich auf ihren Lohn. Eine ganze Reihe Kollegen sind bereits entlassen, weil sie sich dem Unternehmerterror nicht fügten. Der Unternehmer wünscht, daß alles zu Tariflöhnen arbeitet, aber im Winter und daß das Geld nur ratenweise ausgezahlt wird, weil es der Betrieb nicht anders ertragen kann!

Der Wohlstand, der den Kollegen gelehrt wurde, reichte kaum einen Tag zum Leben. Die Belegschaft mußt ganz gemächlich. Man muß die erregte Stimmung beruhigen durch verschiedene Mittelchen. Gimmal werden die Kollegen mit dem Auto bis vor die Wohnung gefahren, neuerdings wurde der Wertelohnung ein Kartoffelangebot gemacht, den Jentner 1.50 Mark! Da tut man noch so, als ob man den Kollegen dabei etwas spendet! Die Wertelohnung läßt auch hin und wieder einmal einen Arbeiter ein paar Schellen in die Wohnung fahren, natürlich nur solchen, die vom Werk noch allerhand Lohn zu beanspruchen haben. Wenn die Verhältnisse weiter so schleifen, dann werden die Stahlwertproleten noch für ein Butterbrot arbeiten. Dann sollte sich hauptsächlich der Reformist Hänger etwas umtun und eine Guldschlanone für das Werk erschaffen. Wir bittern hoch erklären einige Kollegen: Wenn das Werk die Löhne nicht mehr zahlen kann, dann soll es wenigstens eine Erbsenluppe liefern oder einen Vöffel Reis...

Die Belegschaft soll sich wieder einmal um dreißig Mann verringert werden. Anfang dieser Woche werden die ersten 10 Mann entlassen, die anderen sollen am Ende der Woche rausgeschmissen werden!

Die Arbeiter sind die unentbehrliche, die zahlreichste Klasse. Ihr fehlt zum siegreichen Kampf nur die Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes. Das Beispiel der Arbeitsgemeinschaft in der Somajonou zeigt den Weg, der zu Brot, Arbeit und Freiheit, zum Sozialismus führt.

Die Bildung der Einheitsfront

aller Ausgebeuteten in Werkstatt, Kantor und Stempelstelle, die Einheitsfront aller Unterdrückten in Stadt und Land für die elementarsten Lebensbedürfnisse, für Brot und Arbeit, gegen Not und Faschismus muß als erste aller unserer Aufgaben stehen. Es gibt keinen Klassenkampf aus dem Elend an der Seite der Unterdrückten. Es gibt nur den Kampf aus Not und Elend durch den gemeinsamen Kampf der Arbeitenden gegen die Unternehmer.

Wütten im Unternehmerrangriff auf eure Existenz ruhen wir euch zu:

- Folgt den Parolen der RGO: Vereintigt euch im Betrieb und auf den Stempelstellen zum gemeinsamen Kampf! Bildet überall Kampfausschüsse! Haltet einander größte Solidarität! Keinen Fleißigen Lohn- und Unterliehungsraub! Gegen die euch verfluchende Notverordnungsabbaupolitik! Gegen den Faschismus! Die kämpfende Einheitsfront aller Wertelöhner unter der Führung der RGO gegen die Arbeitsgemeinschaft unter der Führung des Weingewinnsystems, das ist unsere Lösung! Mit ihr merdet ihr siegen! Berlin, den 28. Oktober 1931.

Reichskomitee der RGO

Unter den jetzt Entlassenen befinden sich einige, die von sich aus aufhörten, um volle Erwerbslosenunterstützung zu bekommen und nicht im Betriebe zu verhungern infolge der schlechten Entlohnung. Unter diesen Selbsttaufhären befindet sich der reformistische Strategie Stellmacher, der nach Feierabend ins Wert schloß und für sich selbst Geld verlangte. Die anderen Kollegen kümmerten ihm wenig. Hatte als Betriebsratsobmann zu fordern, daß alle Geld bekommen! Auch stellte er die Frage „Kampf“ stets in den Hintergrund. Er hörte selbst auf, um ja nicht mit der Direktion in Streit zu geraten. Er heißt auf später!

Schmierer-Proleten, kämpft gegen alle diese unwürdigen Zustände. Ihr fehlt, daß ihr von der Sozialdemokratie verlassen seid. Lehnagen läßt sich nicht mehr leben, seitdem er weiß, daß ihr ihn erkannt habt. Einem in die RGO! Mobilisiert zum Kampfe gegen die Entlassungen und weitere Verdrängungen, fordert die restlose und sofortige Auszahlung eures Lohnes. Die Entlassungen erfolgen nur als Druckmittel zu weiterem Lohnabbau an der gesamten Metallarbeiterschaft!

Metall!

Morgen Sonnabend, den 31. Oktober, 20 Uhr, im Büro der RGO, Magdeburger Str. 60, Delegiertenkonferenz für Halle und Saalkreis. Alle Betriebsräte, alle Delegierten, alle Funktionäre haben zu erscheinen. RGO, Industriegruppe Metall.

Schon beim ersten Zug erkennen Sie, warum

warum

JOSETTI

JUNO

Deutschlands meistgerauchte Cigarette %M. ist.



6 STÜCK 20 & VOLLE GARANTIE FÜR UNVERÄNDERTE GÜTE UND GRÖSSE

Die Frau eines Gemeindearbeiters weint ...

als nach dem Leben der Gemeindearbeiter — Gespräche mit den Frauen der holländischen Gemeindeproleten in Trotha und Altstadt — Ein weiterer Lohnabbau kann nicht geduldet werden

Wir haben einen unserer Arbeiterkorrespondenten — es war eine Frau — beauftragt, uns eine Reportage über das Leben der Gemeindearbeiter zu schreiben. Unser Reporter sollte einmal durch die Häuser der Gemeindearbeiter gehen und mit ihnen sprechen, wie sie und ihre Familien leben. Die Ergebnisse sollte er an Hand der folgenden Zeilen aus dem Leben der Gemeindearbeiter, ob die Gemeindearbeiter überleben, unter roten Reporter hat nur den Auftrag durchgeführt und berichtet uns:

Nur dreizehn Mark ...

Sch bin in den Wohnungen mehrerer Straßenbuhner in Halle gewesen. Die Frauen der Kollegen haben mir bereitwilligst Auskunft auf alle gestellten Fragen. Zuerst gab ich mich nach der Gemeindefeststellung im Südwesten der Stadt. Es war mir nicht schwer, die Wohnung eines Straßenbuhners zu finden. Ich fragte, was mich antiege und wurde sehr freundlich aufgenommen. Die Frau des Kollegen forderte mich auf: „Nennen Sie mir herein, ich will Ihnen gern alles erzählen.“

„In mir todesphantasie.“

Der Mann des „Müllentranes“, das Leben der Straßenbuhner, die für einen Hungerlohn in Staub und Hitze, den ganzen Tag schwer, mit merkwürdigen Diensten verbracht müssen, der Möglichkeit vor Augen zu führen, falls Verstand. Die Frau zeigte mir ihre Küche. Immer und immer wieder mußte sie die Hände gestopft werden. Und doch loh sie wie ein Sieb aus Holz kein Wasser mehr.

Wenn wir nicht ganz ohne Hand herumtaufen wollen, müssen wir jetzt jede Woche ein neues Stück von dem wenigen Lohn annehmen“, sagte die Frau. Unsere Miete von fast 60 Mark monatlich für die „geunde Arbeiterwohnung“ können wir nicht mehr aufbringen.

Wir gingen gemeinsam an die Auffüllung eines Haushaltsplanes, nachdem das Ergebnis unserer Feststellungen: Der Straßenbuhner führt in der „stüftlichen“ Woche, keine Kinder zu besitzen. Sein wöchentliches Nettoeinkommen beträgt 33 Mark. Die monatliche Wohnungsmiete verdrängt 58,20 Mark. Beim Bezug der Wohnung wurde der Kollege gezwungen, 610 Mark Baupfand zu zahlen.

Die Höhe der Miete für die aus nur einer Stube, einer Kammer und einer Küche bestehende Wohnung und der enorme Baupfandzuschuß illustrieren den Erfolg der „freigewerkschaftlichen“ Streikpolitik.

Diese Wohnungen können nur des Gewerkschaftsangehörigen bezogen werden, nicht aber von den Gewerkschaftsmitgliedern und den sonstigen Arbeitern, für die sie angesetzt hergestellt wurden. Beim Bezug der Wohnung betrug die Monatsmiete 51 Mark und der Wochenlohn 45 Mark. Damals gab es das Ehepaar, die Miete aufbringen zu können. Jetzt hat dem abgehauten Lohn und zur selben Zeit erhöhten Miete ist es ein Ding der Unmöglichkeit. Das Ehepaar trachtet bereits längere Zeit danach, die Wohnung gegen eine billigere tauschen zu können. Doch ist es sehr schwer, eine kleine billige und gesunde Wohnung zu finden und ebenso schwer, einen neuen Mieter für die jetzige Wohnung, der doch auch den Baupfandzuschuß bezahlen müßte, zu bekommen.

Die wöchentlichen Ausgaben des Ehepaares betragen:

Für Miete zurücklegen	15.- M.
Gas und Licht	1.50 -
Kohle (1 Zentner)	1.40 -
Beitrag für Partei und KKD	-.80 -
Abonnement des „Mitteldeutschen Echo“	-.13 -
Beitrag für den Berufsvereiner	-.60 -
Feuerversicherung	-.50 -
Radio	-.50 -
Summa:	19.92 M.

Es verbleiben somit 13 Mark, von denen holländische Ausgaben für Ernährung, Kleidung, Wäsche, Schuhbekleidung usw. bestritten werden müssen.

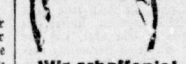
Zugemerkte Ausgaben für Tabak, Bier, Theater, Kino, Bücher usw. können nicht gemacht werden und trotzdem kann das Ehepaar von den 13 Mark nicht leben. So verläßt es denn durch verdrückende Arbeiten einen Nebenverdienst zu erzielen. Es werden Kanarienvogel gequält, Sinder in Pflanze genommen, geschneidert und das einzige Zimmer der Wohnung vermiert.

Und nun soll der Lohn von 33 Mark noch weiter gekürzt werden.

Schmiedet die Waffen!

Zur Delegiertenkonferenz der mitteldeutschen Gemeindearbeiter am 1. November in Halle

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und die sozialdemokratischen Führer des kommunistischen Reichsangehörigen Gewerkschaftsbundes haben im Auftrag durch freie Vereinbarungen der Gemeindearbeiter 4 Prozent ihres Lohnes, sowie die Frauenzulage annehmen! Damals schrieb das „Volkswort“, daß mit diesem Lohnabbau die Rotterordnung vom 5. Juni „abgelehnt“ sei. Mit Billigung der SPD-Führer erhoben am 6. Oktober die neue Rotterordnung der Ständige Regierung und die Leitung des kommunalen Reichsarbeitgeberverbandes stellte unter Berufung auf die Rotterordnung ganz ungeheuerliche Forderungen. Bei den Verhandlungen, die am 21. Oktober begannen, forderte der Arbeitgeberverband einen Abbau aller Löhne um 9 Prozent und die Beilegung der Zulage für ein Kind. Weiter wird die Beilegung der Lohnzuschläge in bei längerer Arbeitszeit gefordert und die Arbeitserträge sollen mit monatlicher Arbeit fähbar sein. Damit soll für alle Gemeindearbeiter die sogenannte Westbestimmung auch offen als abgelehnt erklärt werden.



Wir schaffen's!

Die Verhandlungen werden noch immer fortgesetzt. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer neulich natürlich, ihren Einfluß auf die Gemeindearbeiter zu erhalten, indem sie so tun, als ob sie gegen den neuen Lohnabbau seien. In Wirklichkeit wird wieder hinter den Kulissen das übliche Spiel getrieben, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an der Spitze der kommunistischen Delegierten mit der Leitung des kommunalen Reichsarbeitgeberverbandes gemeinsam beraten (!), wie man am besten ohne großen Widerstand den Lohnabbau durchzuführen könne!

Daß die sozialdemokratischen Führer bemüht auf immer neuen Lohnabbau hinarbeiten, beweist schon die Tatsache, daß die SPD-Führer jeder Rotterordnung der Regierungsbewegung zustimmt haben, daß sie jedesmal die Aufhebung dieser Rotterordnungen verhindern und daß die SPD-Führer im Vorstand des Deutschen Städtebundes führend bei der Durchführung des Lohnabbauprogrammes sind.

Die Zeitgeist dieser Streikbewegungen wird aber unmerklich gemacht, wenn sich die Gemeindearbeiter angesichts der höchsten Not sich in jedem Betrieb zu einer gemeinsamen Front zusammenschließen und geloben, keinen weiteren Lohnabbau zu dulden.

Nur der entschlossene Kampf kann den weiteren Lohnabbau verhindern. Die Gemeindearbeiter müssen auch den Kampf des Mitteldeutschen Gemeindearbeiterverbandes unter den Delegierten, damit die Situation überbrückt wird, damit die Mobilisierung zum Kampfe richtig erfolgen kann. Die notwendige reformistische Verbundbürokratie ist im Besitz sehr schwebeligen geworden.

Die Kampferfahrungen und Konflikte haben sich empfindlich niedergelassen in den Versammlungen der Gemeindearbeiter, die sich in den Reihen kleiner neutraler Freunde und Gegner Oppositionsrichtungen festhalten. Die Gemeindearbeiter wollen die Einheit. In der Frage des Lohnabbaues sind sie alle „unter einen Hut“ zu bringen. Nur die KPD wird diese Kampfeinheit schaffen, die Kampfeinheit, die sich richtig wird gegen die Kommunisten und die Gewerkschaftsbürokratie. Bessere revolutionäre Betriebsarbeit und bessere revolutionäre Arbeit an der interkommunistischen Front, das werden die Probleme in allererster Linie sein, die auf der Delegiertenkonferenz der Gemeindearbeiter gestellt werden.

Die Kommunisten befinden sich in einer jämmerlichen Finanzlage durch die Reichsregierung, die auch die Finanzpolitik in den Gemeinden, für die die Sozialdemokraten an heterotrophen Stelle verantwortlich sind, Sanierung der Kommunen auf Kosten der Proleten heißt völliges Verleiden der Proleten.

Die sogenannten reformistischen Hochburgen in den Gemeindefunktionen werden zusammen. Die Gemeindearbeiter finden den Weg der roten Einheit, sie folgen dem Kampfbanner der KPD. Wäge die Delegiertenkonferenz der Mittel die zur Generalmobilisierung der Gemeindearbeiter auf der ganzen Linie.

Wöchentlich pro Kind 1.64 Mark

Miete wöchentlich

Zahlung	6.50 M.
Partei	-.30 -
KDD	-.30 -
Feuerbestellungs-Verein	-.20 -
Krankenkasse	1.- -
Feuerung	1.50 -
Petroleumlicht	-.35 -
Summa:	10.56 M.

Wohnt zum Leben für fünf Personen, für Schuhe, Wäsche, Stellung, Schuhe und Bücher, Tabak usw. 25,70 Mark. An den Bundes-Kinno oder ein Glas Bier im Gasthaus kann die Familie nicht denken. Sie ist gezwungen, Schulden zu machen.

Wie wird es nun erst werden, wenn von den 25,70 Mark noch weitere 2,50 Mark gekürzt werden sollten? Die in der Aufstellung genannten Ausgaben müßten auf jeden Fall bestritten werden. Der Lohnabbau wird sich folger in einer noch weiteren Verschlechterung der Ernährung auswirken. Unterernährte und krankte Kinder wären die Folge ...

Mein zweiter Besuch galt einem Kollegen, der in einer Arbeiterwohnung wohnte. Wiederlich ist es die enorme Miete von 60 Mark, die der erlitten von mir beschriebenen Kriterien so miserabel ist, habe ich wieder kommen die Proleten, die weniger Miete aufzubringen können, mit ihrem Lohn fertig aus?

Ein Mietstornier im Hinterhof. Ein sehr altes Haus. Der Zug blättert sich ab, wie die Rinde eines Stammes. Die Wohnung eng. In der Küche, in der sich die Familie aufhalten muß, um Feuerung zu kochen, kann man sich kaum setzen. Zwei kleinen Kinder, Kinder, für die es die ganze Woche 1,64 Mark Zulage gibt.

Der Bürgermeister oder ihr Herr Direktor der holländischen Werte, könnten Sie für Kind von 1,64 Mark die ganze Woche erlauben?

Ich konnte ins Gespräch und erlöste folgende Tatsachen. Der Mann erhält einen Stundenlohn von 76 Pfennige. Die Frau ein halbes Pfennig zu verdienen. Das Ehepaar hat drei Kinder. Die Frau hat 3 Pfennige pro Stunde. Sein wöchentliches Bruttoeinkommen beträgt 39,35 Mark. Es verbleibt ihm ein Nettoeinkommen von 36,35 Mark.

Wieder gehen wir an die Auffüllung eines Haushaltsplanes. Die eierbringenden Ausgaben in einer Woche sind:

Unser Sieg ist unvermeidlich!

Ich gehe in ein anderes Haus. Kopfe, Mann und Frau sind so paule. Der Mann gibt mir bereitwillig Auskunft, doch die Frau schweiget. Sie war müde von Sorgen über den vielen Sorgen in der Kammer, die sie den ganzen Tag vor Augen hat. An irgendeine Verletzung durch den Verlust eines Kindes hat sie nicht denken, weil es Gott lobt und Gott hat sie nicht.

Das Geld langt nicht einmal, um die Familie richtig zu ernähren.

Der Mann gibt mir bereitwillig Auskunft — und die Frau schweiget und ... meinte ... Aber auch die Proletarierinnen muß er kennen, daß sie Schwestern und Frauen sind, die noch den Kindern geholfen werden kann. Nicht mehr muß man, sondern die Hände zusammennehmen und den Kampf des Mannes gegen die Frau und das System unterstützen, die an allem Elend schuld sind. Auch die Arbeiterfrau, die gerade als Mutter das Beste für ihre Kinder will, wird nach einem vorübergehenden Vermittelungsversuch müde Schuster an Schuster mit ihrem Mann kämpfen. Das nun bin ich ebenso fest überzeugt, wie von der Unvermeidlichkeit unseres Sieges.

Für 5 Personen 20 Mark

Mein nächster Besuch galt der Trothaer Siedlung. Den hier wohnenden Gemeindearbeitern muß die Miete und das Geld nach dem Lohn abgezogen, damit es den Hausbesitzer und der Wohnvermittlung auch höher ist. Der Abzug beträgt 12 M. pro Woche, und zwar für eine sehr kleine Wohnung. Ich habe eine Straßenbahnfahrerin mit drei Kindern. Wiedermum helfen wir einen Haushaltsplan auf. Dieser lautet:

Einwöchige: 76 Pfennige Stundenlohn und 8 Pfennige Kinderzulage mal 48 und 39,35 brutto und 36,26 netto pro Woche. Davon ab 12 Mark für Miete, so daß eine wöchentliche Nettoeinnahme von 24,26 Mark bleibt.

Ausgaben:

Zahlung	-.80 M.
Partei	-.30 -
KDD	-.30 -
Feuerung	1.50 -
Light und Gas	1.30 -
Summa:	4.20 M.

Gemeindearbeiter, reißt euch ein!

Eure Partei: die Kommunistische Partei — Eure Zeitung: der „Klassenkampf“

Die Kommunistische Partei ist die Führerin der Arbeiterbewegung und der gesamten werktätigen Bevölkerung im Kampfe gegen Not und Elend, im Kampfe für den Sozialismus.

Die Kommunistische Partei kann nur Siegen und Erfolge erzielen, wenn die Arbeiter in den Betrieben, die Frauen, die Angestellten, Beamten, das gesamte Volk hinter ihrer Partei steht, wenn die fähigsten und opferwilligsten Sozialisten aktive Mitkämpfer werden.

Die Kommunistische Partei im großen Mitteldeutschland befindet sich zur Zeit in einer großen Werbekampagne. Das hauptsächlichste Ziel dieser Werbekampagne ist, möglichst viele Betriebsarbeiter und Betriebsarbeiterinnen in die Reihen der Partei einzugliedern.

Jeder Betrieb eine rote Hochburg! Gemeindearbeiter, auch du mußt mitkämpfen, auch deine Kraft wird gebraucht, auch auf dich kommt es an! Sei stärker die kommunistischen Betriebszellen in den Gemeindefunktionen, je besser diese Betriebszellen im Interesse der Gesamtbeleg-

schaft arbeiten, desto weniger werden die Kommunisten und die fähigsten und sozialistischsten Gewerkschaftsbürokraten die Möglichkeiten haben, die Löhne abzubauen, desto höher der Tag, an dem die Gemeindearbeiter erfolgreich Kampfe für Erhöhung ihrer Hungerlöhne führen werden. Desto höher der Tag, an dem endlich einmal die Delegiertenkonferenz der Mittel die Produktion und die Arbeitsbedingungen bitten werden.

Gemeindearbeiter, zögere nicht! Auf die Dauer kommt du bei deinem Hungerlohn nicht mehr leben!

Es gibt nur eine Partei, der du dich anschließen mußt, das ist die kommunistische Partei. Es gibt nur eine Zeitung, die sich radikalst für deine Interessen einsetzt, das ist der „Klassenkampf“!

Im Verlauf der großen Werbekampagne, die die kommunistische Partei in Deutschland durchführt, werden mehr als hunderttausend Arbeiter und Werktätige der Partei des feigen Sozialismus beitreten.

Auch du mußt dich melden!

